

# Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2188. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Motte's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.30. Amtliche Seite RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preismäßigkeiten in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts  
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Bretzig, Hauswade, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 81

Mittwoch, den 6. April 1927

79. Jahrgang

## Das Wichtigste

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind in Turkestan und Buchara  
48 Priester verhaftet worden, denen Religionspropaganda gegen die  
Sowjetregierung zur Last gelegt wird. Die Priester werden nach  
Sibirien verbannt werden.

Wie Gänger aus Mexico-city berichtet, haben die Regierungstruppen  
am Sonnabend drei Gefühle mit Aufständischen im Staate Jalisco  
gehabt, und dabei die Rebellen in die Flucht geschlagen. 25 Auf-  
ständische wurden getötet.

Auf der Loire scheiterte eine mit 12 Personen besetzte Barke. Sämtliche  
Passagiere ertranken.

Das Weiße Haus rechnet infolge der französischen Ablehnung, an der  
von Coolidge vorgeschlagenen Abrüstungskonferenz teilzunehmen, mit  
großer Zurückhaltung Englands und bedauert deshalb die französische  
Entscheidung.

Am Comer-See stürzte sich ein Arbeitsloser mit seinen beiden Kindern  
im Alter von acht und zehn Jahren ins Wasser. Alle drei er-  
tranken.

In der Osterwoche tritt der fünfte Evangelische Reichselternrat in Hil-  
deheim zusammen.

Im Reichstag entspann sich eine lebhafte Debatte über Außenpolitik  
und Konfordsfrage.

In der Senf Abrüstungskommission kam eine Einigung über die  
Aufsicht zustande.

Dr. Stresemann gab eine neue Erklärung zur Konfordsfrage ab;  
für die Demokraten nahm Staatsminister a. D. Koch zu der Frage  
Stellung.

Der Polizei gelang es, den obereschlesischen Kindermörder zu verhaften.  
Auf der Heide Engelsburg verunglückten vier Bergarbeiter.

Wie aus Moskau gemeldet wird, tobt auf dem schwarzen Meer ein  
schwerer Sturm, dem das griechische Schiff Alexander zum Opfer  
gefallen ist. Die Geschwindigkeit des Windes beträgt 17 Sekun-  
denmeter.

In den höheren Lagen des Erzgebirges ist in der vergangenen Nacht  
erneut Schneefall eingetreten. Vom Fichtelberg werden 12 cm Neu-  
schnee bei einer Temperatur von 3 Grad unter Null gemeldet.

## Roggenmord!

Wir wollen ein freies Volk werden. Wenn man diesen  
politischen Grundsatz zu dem obersten für Deutschland er-  
heben will — er ist unzweifelhaft —, so kommt man zu  
der Erkenntnis, daß „Befreiungspolitik“ die Politik der  
Selbsterhaltung bedingt. Unser ganzes Denken und Tun  
sollte auf diese erste Voraussetzung jeder Befreiung ge-  
richtet sein.

Ist die Selbsterhaltung aber möglich? Die Antwort  
lautet Ja. Die hervorragendsten landwirtschaftlichen Sach-  
verständigen sind der Überzeugung, daß bei entsprechend  
eingeführter Wirtschaftspolitik selbst auf unserem beschrän-  
kten Boden mit verhältnismäßig geringen Mitteln und kurzer  
Zeit die Nahrungsfreiheit unseres Volkes zu erreichen ist.

Voraussetzung ist, daß die Landwirtschaft den Glauben  
an die eigene Kraft wiedergewinnt. Dazu gehört Einfachheit  
in die Notwendigkeit sachgemäßer Betriebsmethoden. Er-  
tragssteigerung, die schon durch Verbesserung des Stalldün-  
gers, durch Sortenauswahl, Drillkultur, vervollkommnete  
Auslesemaschinen, Uebergang zur strengen Fruchtfolgewirt-  
schaft, Einführung des Saatgutzwanges, Indienststellung der  
Grundwasserkräfte usw. zu erzielen wäre, wäre neben der  
Verbesserung der maschinellen, gerätschaftlichen und baulichen  
Landwirtschaftstechnik hier das große Problem.

Die Politik der Nahrungsfreiheit steht wesentlich auf der  
Grundlage des Roggens, kann daher als Roggenpolitik be-  
zeichnet werden. Deutschland ist Roggenland. Das schließt  
in sich die Bürgschaft einer neuen Zukunft. Deshalb sollte  
seinerzeit Helfferich auch die Währung auf Roggen aufbauen.  
Roggen war unser preisbildender Faktor, wie dann später die  
Verbindung zwischen Eisen und Kohle. Nach Zerreißen dieser  
Verbindung hätte man zum Roggen zurückkehren sollen.

Die Ernährung haben wir in steigendem Maße losgelöst  
vom Roggen und auf ausländischen Weizen verschoben. Wir  
sehen vor einem unerhörten Rückgang im Verbrauch von  
Roggenmehl und gleichen ihn aus durch Einfuhr teurerer  
ausländischen Weizens und Weizenmehls. Unseren guten  
deutschen Roggen aber führen wir zu Winderpreisen aus.  
Vor allem nach England und Dänemark, wo er verflütert  
wird. Wir zahlen Milliarden für unnötige Einfuhr frem-  
den Weizens und lassen dafür die eigenen Ernährungsgrund-  
lagen verfallend. Trotz der Wiedereinführung von Jollen  
im Gejeß vom 17. August 1925 sind 1926 noch 120 000 To.  
Weizenmehl eingeführt worden (gegen 17 700 To. 1913,  
wo auch noch 194 000 To. ausgeführt wurden). Das be-  
deutet für den deutschen Verbraucher eine Verkeuerung der  
Brotverforgung um etwa 50 Millionen Mark jährlich, da

## Die Konfordsfrage vor dem Reichstag

Stresemann für ein Reichskonkordat  
Eine bemerkenswerte Feststellung — Getrennte Protestnote an China — Die Lage in China

### Deutscher Reichstag.

306. Sitzung, Dienstag, den 5. April 1927.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des  
Reichshaushaltsplanes für 1927.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) behandelt zunächst die Stel-  
lung der Deutschnationalen in der Regierungskoalition. Es gebe  
auch bei den Deutschnationalen Männer, die einsehen, daß die  
Wiederherstellung der Monarchie nur nach einem fürchterlichen  
Bürgerkrieg möglich wäre. Diese Männer haben daher die neuen  
Richtlinien anerkannt und damit die unbedingte Zustimmung zu  
den bisherigen Außenpolitiken ausgesprochen. Das könne mit einer  
gewissen Genugtuung festgestellt werden. Durch zweifelhafte Er-  
klärungen hätten die Deutschnationalen nach ihrem Eintritt in die  
Regierung Unklarheit in die Politik getragen. Die erste Frucht  
der neuen Arbeitsgemeinschaft sei eine Subvention von 45 Mil-  
lionen an Bayern zur Aufrechterhaltung seines aufgelösten Ver-  
waltungsapparates. Der Redner wendet sich gegen die Haltung  
der Deutschen Volkspartei in wirtschaftlichen Dingen. Seine  
Fraktion lehne den Etat ab als Protest gegen den Parti-  
kularismus, gegen staatsrechtlichen Rücksicht und als Demon-  
stration für den Einheitsstaat. Auch für den Gesamtetat können  
wir die Verantwortung nicht übernehmen. — Abg. Sörgler  
(Komm.): Wenn die Sozialdemokraten den Etat ablehnen, so möchte  
ich beinahe sagen: „Welch eine Wendung durch Gottes Gügnung!“  
Die Opposition der Sozialdemokraten sei nur eine Scheinopposition  
und werde es auch in Zukunft bleiben. Die Steuerlast beträgt  
jetzt schon 15 Milliarden, während sie 1913 in Reich, Ländern und  
Gemeinden zusammen nur 4,8 Milliarden betrug. — Abg. Diet-  
rich-Baden (Dem.) verlangt Klarheit und Durchsichtigkeit des  
Etat und spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Re-  
gierungsparteien einen Antrag vorgelegt hätten, dessen Gedanken  
sie dem demokratischen Antrag entlehnten.

### Meinung Dr. Stresemanns zur Konfordsfrage.

Die Freude der Demokraten darüber, daß sich da wieder ein  
gemeinsamer kulturpolitischer Boden für die liberalen Parteien zu  
finden schien, sei aber leider nach der neuen Erklärung Strese-  
manns von kurzer Dauer gewesen.

Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß beim Reichs-  
tag sich wieder ein gemeinsamer Boden für die  
liberalen Parteien finden werde. — Abg. Dr. Bredt (Wirtsch.  
Bereing.) erklärt, dieser Etat erfülle seine Partei mit großer  
Sorge, mit besonderer Sorge aber die Erklärung der Regierung,  
daß die meisten Ausgaben zwangsläufig seien. Eine Gesundung  
unserer Finanzen sei nur durch Kürzung des Gesamtetats um fast  
eine Milliarde möglich. Die jetzige Steuerlast könne von deutschen  
Volke einfach nicht mehr getragen werden. Die Steuererträge  
seien viel zu hoch eingeschätzt. Das mache die Wirtschaftliche Ver-  
einigung nicht mit. — Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) weist  
darauf hin, daß wir jetzt bereits die Reserven anstreifen müssen,  
um nur den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

### Der Haushalt wird bewilligt.

Der Haushalt wird bewilligt.  
Beim  
**Haushalt des Auswärtigen Amtes**  
belämpft Abg. Stöcker (Komm.) die zum ersten Male in den  
Etat eingestellten Ausgaben für den Völkerbund. Abg. Müller-  
Franken (Soz.) beantragt Aussetzung der Verhandlungen, bis  
Reichsaußenminister Dr. Stresemann erschienen ist.

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung unterbrochen.  
Gleich nachdem Dr. Stresemann in den Plenarsaal getreten  
ist, nimmt die Sitzung ihren Fortgang. Sofort erhält der Sozial-  
demokrat Dr. Breikschid das Wort. Er stellt fest, daß die  
Regierungsparteien in der Außenpolitik formell einig seien, wie  
auch die Sozialdemokratie diese Außenpolitik billige. Der Redner  
fragt ferner den Außenminister nach dem Stand der albanischen  
Angelegenheiten.

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann

erklärt, in der Konfordsfrage bestehe kein Gegensatz zwischen dem  
Außenminister und dem Parteiführer. Er habe gegenüber der For-  
derung einer grundsätzlichen Ablehnung eines Konkordats erklärt,  
daß es sich hier um eine ganz andere Situation handele, nachdem  
einzelne Länder Konkordate bereits abgeschlossen hätten oder vor-  
bereiteten. Er habe gebeten, die Sache leidenschaftslos zu be-  
handeln und die weitere Entwicklung in Preußen abzuwarten.  
Seine Erklärungen deckten sich mit der Erklärung der Reichs-  
regierung.

Ueber die albanische Frage könne er im gegenwärtigen  
Augenblick nicht öffentlich sprechen. Es künden Verhandlungen  
statt über eine Regelung, die die Sicherheit geben soll, daß der  
Friede zwischen den beteiligten Mächten nicht gestört werde und  
daß die albanische Unabhängigkeit selbst gesichert sei. Wir seien  
über diese Besprechung unterrichtet. Er sei bereit, im Auswärtigen

Ausschuß Auskunft zu geben, soweit das möglich sei. Dasselbe gelte  
von der Chinafrage. Waffenlieferungen nach China im Ein-  
verständnis mit der Reichsregierung hätten nicht stattgefunden.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) vermißt eine klare Stellung-  
nahme Dr. Stresemanns in der Konfordsfrage.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erwidert, die  
ganzen Verhandlungen in dieser Frage befinden sich  
noch im Anfangsstadium der Refforts. Er sei daher  
nicht in der Lage, eine amtliche Erklärung dazu abzu-  
geben. Aus seiner persönlichen Auffassung mache er  
kein Geht. Nachdem mit Bayern ein Konkordat abge-  
schlossen sei, und vielleicht auch mit Preußen ein  
Konkordat abgeschlossen solle. Die Stellungnahme  
im einzelnen wird davon abhängen, welchen Inhalt  
diese Abmachungen haben werden.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes wird erledigt. Es  
folgt der

### Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Abg. Söllmann (Soz.) betont, der Reichsaußenminister  
habe am Sonntag zum entschiedenen Kampf gegen ein preußisches  
Konkordat aufgerufen, heute erkläre er dagegen den Abschluß  
eines Reichskonkordats für zweckmäßig. Der Redner bemängelt  
die Kürzung der Mittel für kulturelle Zwecke.

Reichsfinanzminister Köhler gibt zu, daß ein in den Ein-  
nahmen überschüssiger Reichsetat diese kulturellen Fonds ganz an-  
ders bedeuten könnte und müßte. Die Länder müssen sich der  
Kulturpflege mehr annehmen. Die Frage der Heranbildung  
der Lehrer und der Behebung der Not der Junglehrer sei  
eine reine Ländersache.

Die Abstimmungen über das Reichsinnenministe-  
rium wurden zurückgestellt. Es folgte der Haushalt des  
Reichsarbeitsministeriums. Auf eine sozialdemokra-  
tische Anfrage teilte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit,  
daß im November ein Wohnungsbauprogramm fertiggestellt war.  
Eine Denkschrift werde dem Reichstag vorgelegt werden. An-  
schließend wurde der Haushalt des Reichsministeriums  
für Ernährung und Landwirtschaft und des  
Wehrministeriums verhandelt.

Abg. Frau Bohm-Gschuch (Soz.) verlangt Wiederher-  
stellung der gestrichenen Mittel für Kinderpeisung. Die  
Regierungsparteien wollten fast der fünf Millionen jetzt nur  
vier Millionen wieder bereitstellen. Dieser elende Schacher um  
eine Million sei unerhört angesichts der Not der hungernden  
Kinder. Beim

### Wehrministerium

verlangte Abg. Creutzburg (Komm.) Abschaffung der Reichs-  
wehr. Abg. Müller-Franken (Soz.) lehnte kommunistische  
Angriffe ab. Ohne den Spartakus-Bund hätte die Reichswehr  
eine ganz andere Entwicklung genommen. Die Sozialdemokratie  
lehne den Etat nicht aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Es folgten dann die Abstimmungen.  
Beim Reichsministerium des Innern werden eine  
Million Mark zur Förderung des Turn- und Sportwesens wieder  
eingestellt, ferner 300 000 M. für die Studentenhilfe und 500 000  
Mark zur Bekämpfung der Maul- und Klauenpest.

Für die Junglehrer enthält der Haushaltsplan 25 Milli-  
onen Mark.

Die Sozialdemokraten und Demokraten beantragen Er-  
höhung dieses Betrages auf 8 Millionen Mark. Der Antrag  
wird abgelehnt. Die Regierungsparteien beantragen Streichung  
der 2,5 Millionen Mark, da die Verjorgung der Junglehrer Auf-  
gabe der Länder sei. Der Streichungsantrag wird mit 194 gegen  
185 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Beim Arbeitsministerium werden 50 Millionen für  
produktive Erwerbslosenfürsorge gestrichen.

### 25 Millionen für Kleinrentner neu eingesetzt.

Neu eingesetzt werden ferner 72 Millionen Reichsbeitrag für die  
Invalidenversicherung. Die unterstützende Erwerbslosenfürsorge  
wird von 200 auf 450 Millionen erhöht. Beim Ernährungs-  
haushalt werden die Beihilfen für bäuerliche Wirtschafts-  
beratung mit 1,9 Millionen wiederhergestellt und 700 000 M. zur  
Bekämpfung von Pflanzenschädlingen neu bewilligt. Ein sozial-  
demokratischer Antrag, für Kinderpeisungen 5 Millionen auszu-  
setzen, wird mit 218 gegen 170 Stimmen bei einer Enthaltung  
abgelehnt. Ein Antrag der Regierungsparteien, 4 Millionen für  
diesen Zweck zu bewilligen, wird angenommen. Für Kredite an  
die Treibnehrerergewerkschaften werden 1,1 Millionen wieder eingesetzt.

